



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

29.03.06

„Handy-Discounter in die Pflicht nehmen!“

Rossmann fordert Jugendschutz vor Handy-Kostenfallen

Für die Einführung einer "Jugendschutzoption" im Pre-paid-Bereich durch die Discount-Anbieter im Mobilfunk hat sich jetzt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann ausgesprochen.

„Im Februar hat die Studie ‚Jugend und Geld 2005‘ festgestellt, dass bei einem durchschnittlichen Taschengeldebtrag von rund 30 Euro 18 Euro auf Handycosten entfallen. Das sind gut 60 Prozent“, berichtet Rossmann. „Alltagsrealität in unserem Land ist also, dass viele Kinder und Jugendliche einen übergroßen Teil des Taschengeldes für ihre Handys ausgeben.“ Insbesondere mit Premium-SMS, Klingeltönen und Spielen wird den Jugendlichen das Geld aus der Ta-

sche gezogen. Weitere Kostentreiber sind die teuren 0900-Nummern.

„Selbst wenn die meisten Jugendlichen vorab bezahlte Guthabekarten (Prepaid-Karten) nutzen und dadurch in gewisser Weise ihre Kosten kontrollieren können, reicht dies zum Schutz vor Kostenfallen nicht aus“, findet der Abgeordnete. „Die Mobilfunkbetreiber sind deswegen in der Pflicht, attraktive und wirksame Jugendschutzoptionen in ihren Tarifen einzurichten.“ Sollte dies über eine freiwillige Verpflichtung der Mobilfunkbetreiber nicht möglich sein, werde die Politik nicht umhin kommen eine gesetzliche Regelung anzustreben.

Die führenden Mobilfunkbetreiber Deutschlands böten seit letztem Jahr spezielle Optionen an, worüber Sonderrufnummern und teure SMS-Dienste gesperrt werden können. Rossmann: „Dies ist im Sinne des Jugendschutzes ausdrücklich zu begrüßen. Leider stellen wir fest, dass im Prepaid-Bereich die Zahl der vergünstigten Angebote von Discount-Anbietern und der Mobilfunkbetreiber selbst ständig wächst.“ Er befürchte daher, dass sich viele jugendliche Kunden für die auf den ersten Blick günstiger erscheinenden Tarife und damit gegen die erweiterten Jugendschutzoptionen entscheiden. „Hier sind sie jedoch nicht vor Kostenfallen geschützt, da keine kostenlose Sperrung teurer Nummern oder SMS-Dienste möglich ist“, erklärt der Politiker.